



Der Radikalenerlass zerstörte viele Karrieren. Die Proteste waren damals groß. Hier eine Demonstration 1975 in der Stuttgarter Innenstadt.

BILD:ROLF HAID/DPA

Kretschmanns „Verirrung“

Radikalenerlass: Der Ministerpräsident bedauert die frühere Praxis und äußert sich auch zu seiner Vergangenheit als Linksradikaler

Von Walter Serif

Mannheim. „Es steht der Politik gut zu Gesicht, wenn sie ihr eigenes und früheres Handeln durch die unabhängige Wissenschaft aufarbeiten lässt“, freut sich der Historiker Edgar Wolf von der Universität Heidelberg und fügt einen fast schon euphorischen Satz hinzu: „Die Wissenschaft kann hoch zufrieden sein, wenn ihre Forschungen einen politischen und gesellschaftlichen Prozess in Gang setzen.“ Also Ende gut, alles gut? Die Mail hat eine fast schon bizarre Vorgeschichte. Sie bezieht sich auf den offenen Brief, den Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Donnerstag veröffentlicht hat und für den sich dieser eine Menge Zeit genommen hat – auch zum Unmut der Opposition im Landtag.

Lange keine Zeit für 684 Seiten

In dem Brief schreibt Kretschmann, dass es „bei der Umsetzung des Radikalenerlasses“ kein Augenmaß gegeben habe. „Es wurde eine ganze Generation unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht“, meint Kretschmann und kommt dann zum springenden Punkt: „Das bedauere ich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sehr.“ Ob das schon einer Entschuldigung gleichkommt, ist Interpretationssache, zumal Sprachpuristen

meinen, man könne nur um eine Entschuldigung bitten.

Der Brief endet praktisch mit einem Ritterschlag für Wolf und sein Team, das 2018 von der früheren Heidelberger Wissenschaftsministerin Theresa Bauer (Grüne) gebeten wurde, die Geschichte des Radikalenerlasses aufzuarbeiten. Der Radikalenerlass führte bundesweit zur Überprüfung von 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerbern im öffentlichen Dienst. Kretschmann meint jetzt, es sei gut und wichtig, „dass das Spektrum der persönlichen Betroffenheit durch das Heidelberger Forschungsprojekt nun wissenschaftlich aufgearbeitet und für jede und jeden dauerhaft nachvollziehbar gemacht wurde“.

684 Seiten umfasst das Werk (Titel: „Verfassungsfeinde im Land? Der ‚Radikalenerlass‘ von 1972.“. Der Knackpunkt: Das Erscheinungsdatum Mai 2022. Der Ministerpräsident hatte angeblich einfach keine Muße, die Studie zu lesen, aus der er jetzt in seinem Brief zitiert und deren Lektüre er den Mitbürgerinnen und Mitbürgern wärmstens empfiehlt. Aus der Staatskanzlei hieß es 2022 auf Nachfrage immer, der Ministerpräsident müsse sich um „Fragen von akuter Dringlichkeit kümmern“.

Mit seinem offenen Brief hat Kretschmann jetzt auch die Opposition ein Stück weit beruhigt, die vor allem in Person des Mannheimers Boris Weirauch (SPD) ständig forderte, Kretschmann müsse „Farbe

bekennen“ und ihm „Verschleppungstaktik“ vorwarf. Dass der Ministerpräsident sich „endlich bewegt und sein Schweigen gebrochen hat“, reklamiert Weirauch für sich: „Unser gemeinsamer und stetiger Druck im und außerhalb des Parlaments hat etwas bewirkt“, sagt er, zollt aber Kretschmann auch seine Anerkennung: „Der Ministerpräsident hat die richtigen Worte gefunden, um sein Bedauern für das erlittene Unrecht zum Ausdruck zu bringen.“

Weirauch will aber mehr: „Es muss auch die Frage einer Entschädigung geklärt werden.“ Die SPD-Fraktion hatte im Dezember 2022 einen Antrag auf einen Entschädigungsfonds eingebracht. Grün-Schwarz lehnte dies damals ab. Dass Kretschmann seine Haltung ändern wird, ist unwahrscheinlich.

Im Brief zitiert Kretschmann gleich zwei Kanzler. Nämlich Willy Brandt (SPD), der den – von ihm mitbeschlossenen – Radikalenerlass später als „politischen Fehler“ bezeichnete, und Helmut Schmidt, der rückblickend meinte, es sei „mit Kanonen nach Spatzen“ geschossen worden. Gleichwohl betont Kretschmann, „dass Anschuldigungen dort auch nachgegangen werden musste, wo wirklich belastbare Erkenntnisse über gravierende verfassungsfeindliche Aktivitäten vorlagen“.

Der Ministerpräsident geht aber mit keinem Wort darauf ein, warum der Radikalenerlass in Baden-Württemberg „besonders lange und mit

einer besonderen Härte angewandt“ wurde. Die Erklärung dafür findet sich auch in der Studie. „Man kann durchaus konstatieren, dass der ‚Radikalenerlass‘ auf dem ‚rechten Auge‘ zwar nicht gänzlich blind, aber doch seheingeschränkt war.“ In Baden-Württemberg regierte damals CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger, der während der Nazi-Zeit als Militär Richter Todesurteile gefällt hatte und 1978 zurücktreten musste.

„Verblendete Weltsicht“

Dagegen geht Kretschmann ausführlich auf den „persönlichen Grund“ ein, weshalb für ihn die Studie sehr aufschlussreich ist. „Weil mir hier die größte Verirrung meines eigenen Lebens gespiegelt wird, nämlich der Linksradikalismus meiner Studienzeit. Mich erschreckt noch heute, dass ein Mensch, selbst wenn er das Glück einer guten Ausbildung hatte wie ich, einen solchen ‚Tunnelblick‘ entwickeln und sich derart in eine verblendete Weltsicht einbohren kann.“ Deshalb will Kretschmann den Radikalenerlass nicht in Grund und Boden verdammen. „Dass der demokratische Staat sich dann auch zur Wehr setzt und Zweifeln an der Verfassungstreue nachgeht, erscheint mir aus heutiger Sicht nur logisch und konsequent.“ Vielleicht würde sein Urteil anders ausfallen, wenn ihm der Schuldienst damals länger verwehrt geblieben wäre. Vielleicht wäre aus ihm ein verbitterter Mann geworden.